

Offener Brief an den ^HRektor, den Prorektor, die Dekane und den
Vorsitzenden des Rates der AfE

Der jüngste Aufruf der Administration an die Studenten der Universität Frankfurt sieht die Vielfalt der in Seminaren und anderen Veranstaltungen geäußerten Proteste vorab unter der Perspektive des Terrors von seiten linksradikaler Minderheiten. Dabei wird von den bekannten und legitimen Zielsetzungen der Studenten abgesehen. Der beschwichtigende Hinweis auf die beschränkte und darum gerade umstrittene Beteiligung von Studenten in akademischen Gremien läßt befürchten, daß in Zukunft jeder Versuch, im Rahmen von Lehrveranstaltungen Forderungen anzumelden als Störaktion abgeurteilt werden kann. Der Tenor der Erklärung, insbesondere Formulierungen wie "Störung gleichgültig in welcher Form" stellen den Dozenten Generalklauseln zur Verfügung, mit deren Hilfe sie Kritik am Lehrbetrieb als "Störungen" den "Strafverfolgungsbehörden" sofort melden können.

Neben der verengten Perspektive, in der die studentische Protestbewegung nur als Ensemble rechtswidriger Aktionen erscheint werden in dem Aufruf unsinnige historische Parallelen gezogen. Wieder einmal wird die Differenz zwischen Faschismus und Linksradikalismus unwissenschaftlich geleugnet. Gleichermäßen neu wie grotesk ist die Interpretation der hochschulpolitischen Entwicklung in der Weimarer Republik aus der "Toleranz der deutschen Hochschulen" gegenüber "radikalen Elementen". Was hier als Toleranz deklariert wird, war bekanntlich autoritärer Konservatismus oder sogar Neigung zum Faschismus.

Die Fehleinschätzung der studentischen Protestbewegung geht mit dem Versuch einher, die Studenten mit Drohungen wie Streichung des Semesters, Schließung der Fakultäten usw. einzuschüchtern und damit notwendige Diskussionen zu verhindern.

Widerstand wird nach unserer Meinung gerade in dem Maße plausibel, in dem kollektive Forderungen wie Verhinderung der technokratischen Hochschulreform, Selbstorganisation des Studiums, sich nicht mehr innerhalb der Universität artikulieren dürfen, geschweige denn verwirklichen können.

Dabei wird von den bekannten und legitimen Forderungen der Studenten abgesehen. Der beschwichtigende Hinweis auf die beschränkte und darum gerade umstrittene Beteiligung von Studenten in akademischen Gremien läßt befürchten, daß in Zukunft jeder Versuch, im Rahmen von Lehrveranstaltungen Forderungen anzumelden als Störaktion abgeurteilt werden kann. Der Tenor der Erklärung, insbesondere Formulierungen wie "Störung gleichgültig in welcher Form" stellen den Dozenten Generalklauseln zur Verfügung, mit deren Hilfe sie Kritik am Lehrbetrieb als "Störungen" den "Strafverfolgungsbehörden" sofort melden können.

Neben der verengten Perspektive, in der die studentische Protestbewegung nur als Ensemble rechtswidriger Aktionen erscheint werden in dem Aufruf unsinnige historische Parallelen gezogen. Wieder einmal wird die Differenz zwischen Faschismus und Linksradikalismus unwissenschaftlich geleugnet. Gleichermaßen neu wie grotesk ist die Interpretation der hochschulpolitischen Entwicklung in der Weimarer Republik aus der "Toleranz der deutschen Hochschulen" gegenüber "radikalen Elementen". Was hier als Toleranz deklariert wird, war bekanntlich autoritärer Konservatismus oder sogar Neigung zum Faschismus.

Die Fehleinschätzung der studentischen Protestbewegung geht mit dem Versuch einher, die Studenten mit Drohungen wie Streichung des Semesters, Schließung der Fakultäten usw. einzuschüchtern und damit notwendige Diskussionen zu verhindern. Widerstand wird nach unserer Meinung gerade in dem Maße plausibel, in dem kollektive Forderungen wie Verhinderung der technokratischen Hochschulreform, Selbstorganisation des Studiums, sich nicht mehr innerhalb der Universität artikulieren dürfen, geschweige denn verwirklichen können.

Auch wir halten es für gerechtfertigt, daß die Studenten angesichts des Aufrufs die Streikbewegung verbreitern. Der Rektor hat sich dahingehend geäußert, daß wissenschaftliche Mitarbeiter, die den studentischen Streik unterstützen Disziplinarmaßnahmen unterworfen werden. Wir erwarten eine Entscheidung darüber, ob eine öffentliche Meinungsäußerung, die mit der der Administration nicht übereinstimmt, den Mechanismus der Disziplinierung auslöst.

Der Assistentenrat

Institut für Sozialforschung

Seminar - Myliusstr.

Das Verhalten der Direktoren gegenüber den Seminarassistenten
in gegenwärtigen Konflikt läßt befürchten, daß ^{mit} den Mitarbeitern des
Instituts bei ähnlichen Konflikten ebenso verfahren wird.

Unser Verhalten in der vorvergangenen Woche hat eindeutig bewiesen,
daß wir gegen eine Besetzung des Instituts waren. Wir fordern die
Direktoren auf, Entscheidungen, die notwendig ^{würden}, wenn das Institut
in den Konflikt mit den Studenten einbezogen ^{würden sollte}, in der Vollversamm-
lung oder im Institutsrat verbindlich zu beraten.

Auch in mehreren Fällen, die die laufende Arbeit des Instituts betref-
fen, sind die Mitarbeiter und der Institutsrat nicht informiert und
daher Entscheidungen, die die Mitarbeiter unmittelbar angehen, nicht
beraten worden. Das zeigt, daß ~~unabhängig von den Mitbestimmung-~~
~~angelegenheiten~~ die Direktoren nicht bereit sind,
die formal zugestandene Mitbestimmung zu praktizieren.

Wir halten ~~noch~~ eine Vollversammlung für dringend erforderlich.

(Als Termin schlagen wir Mittwoch den 8. 1. 1969 10.00 Uhr vor)

Erklärung wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Seminar, Myliusstraße 30.

Durch die polizeiliche Besetzung des Soziologischen Seminars und die Übernahme des Hauses durch die Kuratorialverwaltung ist der Lehr- und Forschungsbetrieb auf nicht absehbare Zeit unmöglich gemacht worden. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Seminars werden, ebenso wie die Studenten, daran gehindert, das Haus zu betreten und ihren Lehr- und Forschungsaufgaben nachzugehen. Dieser Sachverhalt kommt einer Aussperrung gleich. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter sind weder in die Diskussion über diese Maßnahmen einbezogen noch zureichend darüber informiert worden. Informell zugestandene Mitsprachemöglichkeiten erweisen sich im Konfliktfall als unwirksam. Wir dringen daher auf die unverzügliche Institutionalisierung von Mitbestimmungsrechten für wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter müssen davon ausgehen, daß die Ordinarien Habermas, v.Friedeburg, Adorno und Mitscherlich eine polizeiliche Besetzung von Anfang an ins Auge gefaßt und durch ihr Verhalten den Weg für die Maßnahmen der Exekutive freigegeben haben. Der Verhandlungsspielraum für eine neue Satzung und eine Neuorganisation des Studiums, der trotz der studentischen Besetzung immer noch bestand, ist dadurch radikal abgeschnitten worden. Die Ordinarien haben damit das auch von ihnen bejahte Experiment einer studentischen Selbstorganisation des Studiums infrage gestellt. Wir distanzieren uns von dieser autoritären Maßnahme und glauben, daß durch sie eine vernünftige Lösung der Konflikte erheblich erschwert, wenn nicht gar ausgeschlossen wird.

Egon Becker
Gerhard Brandt
Gunter Wegeleben
Evelies Mayer
Xenia Rajewsky
Jürgen Ritsert
Claus Rolshausen
Regina Schmidt
Rainer Döbert.

Ffm., den 18.12.1968

WiSo - Soziologen --- WiSo - Soziologen --- WiSo - Soziologen

Die Soziologiestudenten am Seminar für Gesellschaftslehre nehmen zu der Situation, die sich aus der Besetzung des Spartakus-seminars durch die Polizei ergeben hat, wie folgt Stellung:

Wir verurteilen die Aussperrung der Soziologie-Studenten (phil) als einen repressiven Akt der Administration, der sich gegen die Selbstorganisation der Studenten und eine demokratische Reorganisation des Wissenschaftsbetriebs richtet.

Die Soziologie-Studenten der WiSo-Fakultät sehen die Aufgabe ihres Streikes vorwiegend darin, Reformmodelle zu entwickeln und zu verwirklichen, die Alternativen zum bestehenden Wissenschaftsbetrieb darstellen.

Da durch die Universitätsadministration mittels des Polizeieinsatzes den Soziologen (phil.) die materielle Arbeitsbasis entzogen wurde, fordern wir die Soziologie-Studenten (phil.) auf, mit uns in den Räumen des Seminars für Gesellschaftslehre zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit erscheint uns notwendig, da eine Reihe gemeinsamer Probleme bearbeitet werden müssen. Dies bedeutet nicht, daß die bisher konstituierten Arbeitsgruppen ihre Arbeit einstellen, sondern daß die Kooperation in einer Erweiterung und Integration der existierenden bestehen soll.

Diese Resolution wurde einstimmig - ohne Stimmenthaltung - angenommen.

WiSo - Soziologen --- WiSo - Soziologen --- WiSo - Soziologen

Wir unterstützen den Protest unserer Studenten gegen Gefahren einer technokratischen Hochschulreform, vor denen wir seit Jahren warnen. Freilich darf dieser Protest nicht von klar definierten Zielen einer Veränderung gerade des institutionellen Rahmens absehen, der durch ein neues Hochschulgesetz festgelegt wird.

Wir begrüßen ferner, dass die vereinzelt Initiativen von studentischen Gruppen, für eine didaktische und inhaltliche Neuordnung ihrer Studiengänge Konzepte zu erarbeiten, nun ein weites Echo gefunden haben. Wir bekräftigen unser wiederholt bewiesenes Interesse daran, die unerträglichen Bedingungen des Massenstudiums zu verändern, einen Lehrbetrieb zu schaffen, der den Bedürfnissen der Studierenden ebenso gerecht wird wie den immanenten Anforderungen unserer Wissenschaft.

Das kann nur durch eine kontinuierliche und breite Diskussion aller Beteiligten erreicht werden. Die Arbeits- und Projektgruppen der Studenten, die sich in den letzten Tagen gebildet haben, sind dazu ein erster Schritt. Wir wollen nicht, dass diese Initiative scheitert.

Ein Teil der Studenten verknüpft aber die berechtigten Wünsche mit Forderungen, die weder grundsätzlich noch politisch gerechtfertigt werden können. Der sogenannte Negativkatalog hat ausschliesslich propagandistischen Stellenwert. Er dient einer Taktik der Konfrontation um jeden Preis, die zur Selbstzerstörung führen muss. Zu den Forderungen im einzelnen:

1. Studienleistungen, die für die Dozenten des Faches erkennbar und nachprüfbar sind, werden wie bisher durch Scheine bestätigt, wenn sie Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens genügen.
2. Mit der Grundsatzdiskussion über Inhalt und Form des Studienganges in Soziologie muss selbstverständlich auch die gegenwärtige Diplomordnung in Frage gestellt werden. Wir sind darüber hinaus der Meinung, dass überhaupt die Abschaffung des Soziologischen Diplomstudiums überlegt werden sollte. Eine Änderung der Prüfungsordnung ist jedoch nach geltendem Recht nur durch gemeinsamen Beschluss der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät möglich. Das Vordiplom kann nicht "ausgesetzt" werden, wenn damit gemeint ist, dass die prüfungsberechtigten Hochschul-lehrer prüfungsbereiten Kandidaten, die den Anspruch darauf haben, ein Vordiplom abzulegen, die Prüfung verweigern sollen.
3. Das Vorschlagsrecht für die Berufung auf Lehrstühle liegt heute bei der Fakultät. Nur ein neues Hochschulgesetz kann das ändern. Die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Angestellten des Seminars ist Sache der Direktoren. Diese Kompetenzen können und sollen in einer künftigen Seminarordnung neu geregelt werden. Bis dahin halten wir uns an die bestehenden Regelungen.
4. Nach unserem Vorschlag soll in Zukunft eine drittelparitätisch besetzte Seminarversammlung über die Verwendung der Haushaltsmittel des Seminars entscheiden. Eine Regelung, die den Studenten wenigstens die Hälfte der Stimmen in diesem Organ sichert, halten wir nicht für vertretbar. Sie widerspricht der inneren Differenzierung einer nach Funktionen arbeitsteilig gegliederten Institution der wissenschaftlichen Lehre.
5. Wir verstehen, dass Studenten, solange wie Ordinarien allein über Haushaltsmittel verfügen, eigene Mittel zur autonomen Verwaltung fordern. Eine korporative Sonderregelung für Studenten kann aber nur im Sinne einer Schutzfunktion gerechtfertigt werden.

Die folgenden "Vorschläge zur Organisation des Soziologischen Seminars der Philosophischen Fakultät (Institut für Sozialforschung - Seminar)" sind am 9.7.1968, zu öffentlicher Diskussion vorgelegt worden:

Die folgenden Vorschläge sollten für eine befristete Zeit in der Praxis erprobt und nach zwei Jahren gemeinsam beraten werden, ob sie sich bewährt haben und wie die Organisation des Seminars weiter verbessert werden kann.

Neben den Seminar-Direktor sollten als Organe des Seminars die Seminarleitung und die Seminarverwaltung treten.

Der Seminar-Direktor wird aus dem Kreis der Hochschullehrer von der Seminarversammlung gewählt. Er kann nicht gegen den Willen der Mehrheit der Hochschullehrer gewählt werden. Unbeschränkte Wiederwahl ist zulässig. Der Direktor führt die Geschäfte des Seminars. Dabei wird er von je einem gewählten Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten unterstützt. Alle drei bilden die Seminar-Leitung.

Der Seminar-Versammlung gehören an:

- alle am Seminar arbeitenden Hochschullehrer
- alle wissenschaftlichen Mitarbeiter des Seminars (Sie verfügen aber, unabhängig von ihrer tatsächlichen Stärke, nur über eine der Zahl der Hochschullehrer entsprechende Anzahl stimmberechtigter Mitglieder, die von der Vollversammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter gewählt werden.)
- von der Fachschaft gewählte Studentenvertreter in derselben Zahl wie die der Hochschullehrer.

Zu den Rechten und Aufgaben der Seminar-Versammlung gehört, über folgenden Fragenkomplex zu beraten und mit einfacher Mehrheit zu entscheiden:

- Ausführung der Prüfungs- und Studienordnung(en). Dazu gehören: Rahmenbestimmungen für das Lehrprogramm, Koordinierung der Lehrveranstaltungen, Zulassungsbeschränkungen bzw. obligatorische Teilnahme im Hinblick auf einzelne Lehrveranstaltungen, Kritik der Lehrveranstaltungen, studentische Arbeitskreise, Studienberatung.
- Prioritäten bei der Anschaffung von Büchern
- Bibliotheksordnung
- allgemeine Richtlinien für die Verwendung von Forschungsmitteln
- allgemeine Richtlinien für die Verwendung anderer Seminarmittel
- Aufgabenverteilung für Assistenten und Hilfsassistenten
- Raumverteilung.

Die Seminar-Versammlung tagt nicht öfter als zweimal während des Semesters. Außerordentliche Sitzungen können von der Seminarleitung und auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder einberufen werden.

Über Personalfragen, soweit sie in die Zuständigkeit der Hochschullehrer fallen, also über die Anstellung von Räten, Assistenten, Hilfsassistenten usw. beraten Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter gemeinsam; eine Entscheidung gegen den Willen der Mehrheit der Hochschullehrer ist nicht möglich.

Bei einer drittelparitätischen Zusammensetzung der Seminarversammlung entfällt die Notwendigkeit für eine solche Privilegierung.

Zusammenfassend stellen wir fest:

Die Auflagen, mit denen die Technokraten des verselbständigten Protestes den berechtigten Widerstand der Studenten zu neuen Konfrontationen und vorhersehbaren Niederlagen manövrieren wollen, sind ungerechtfertigt. Ebensovwenig lassen sich die Pressionen, derer sie sich dabei bedienen, legitimieren. Wir drängen, wie jedermann weiss, auf eine energische Hochschulreform; uns gegenüber braucht sich niemand Diskussionen mit Gewalt zu erzwingen. Wir haben bereits am Ende des vergangenen Semesters den Vorschlag zu einer Seminarordnung vorgelegt, auf die bisher von seiten der Studenten nicht geantwortet worden ist.

Theodor W. Adorno
Ludwig von Friedeburg
Jürgen Habermas

17.12.1968

A U F F O R D E R U N G

Wir fordern ein letztes Mal unsere Studenten auf, das Haus Myliusstraße 30 unverzüglich zu räumen. Die Besetzung des Seminargebäudes ist, wie allen Beteiligten bewußt sein müßte, politisch nicht gerechtfertigt. Diejenigen Reformforderungen der Studenten, die wir nach wie vor für begründet halten, hätten ohne jede Pression verwirklicht werden können.

1. Wir haben bereits am Ende des vergangenen Semesters eine Seminarordnung auf der Grundlage einer drittelparitätisch zusammengesetzten Versammlung vorgeschlagen. Diesen Vorschlag halten wir nach wie vor aufrecht.
2. Wir versuchen seit Jahren, eine praktisch folgenreiche Diskussion über die Veränderung des unerträglichen Massens Studiums in unseren Fächern in Gang zu bringen. Es ist uns deshalb willkommen, daß die Studenten das von ihrer Seite abgebrochene Gespräch mit neuen Impulsen wieder aufnehmen wollen.
3. Wie bisher begrüßen und unterstützen wir die Bildung von diskutierenden Gruppen, in denen sich die Studenten über ihre Vorschläge zu einer künftigen Seminarordnung und über ihre Vorstellungen zu einer Neuordnung des Studiums, einschließlich der soziologischen Diplomprüfungsordnung klar werden.
4. Wir begrüßen und unterstützen ferner die Initiative, studentische Arbeits- und Projektgruppen zu bilden, in denen selbstgewählte Themen in Ergänzung zum offiziellen Lehrbetrieb diskutiert werden.
5. Diese Gruppenarbeit soll ihren festen Platz im Seminar- und Lehrbetrieb erhalten. Leistungen, die für Dozenten des Faches erkennbar und nachprüfbar sind, werden wie bisher durch Scheine bestätigt, wenn sie Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens genügen.
6. Insoweit begrüßen wir einen heute "autonom" genannten Bereich studentischer Arbeit. Wir lehnen aber einen "separaten" Bereich, in dem wissenschaftliche Diskussion von der Vorbereitung politischer Aktionen nicht mehr unterschieden würde, prinzipiell ab.
7. Kooperation mit einer Gruppe, die Parolen wie "Zerschlagt die Wissenschaft" folgt, ist für uns definitiv ausgeschlossen. Wir werden dem Einfluß einer solchen Gruppe mit allen angemessenen Mitteln entgegentreten.

Th.W. Adorno, L.v. Friedeburg, J. Habermas, A. Mitscherlich

Entwurf einer Diskussionsgrundlage

I.1. Was sollte der Streik?

Der Streik entstand aus Solidarität mit den streikenden Komilitonen der AFE, im Widerstand gegen die technokratischen Hochschulreformversuche der hessischen Staatsgewalt.

Für uns selber hatte der Streik zunächst zwei Ziele:

a) Die Selbstorganisation unseres Studiums - b) Verbindlichkeit und realen Erfolg dieser Selbstorganisation.

a) Die Selbstorganisation unseres Studiums sollte durch theoretische Reflexion wie praktisches Experiment ein grundlegend neues Modell von Lehre und Forschung erarbeiten. Dieses Modell sollte Möglichkeiten enthalten: über die Aufarbeitung unserer individuellen und politischen Erfahrung in der Protestbewegung durch eine adäquate wissenschaftlich analytische Reflexion; über interfakultative Problemstellungen und deren Institutionalisierung in eigenen Veranstaltungen (AFE, Jura, etc.); über emanzipatorisch wirksame und materiell adäquat entschädigte Berufsmöglichkeiten; über die Bedingungen antiautoritärer (wissenschaftlicher wie politischer) Diskussionen und kollektiver Lernprozesse überhaupt.

b) Verbindlichkeit und realer Erfolg unseres Experiments sollte durch Forderungen hergestellt werden, die das "Gelingen unseres Experiments" wie seine Konkretisierung in einer demokratischen neuen Institutssatzung an die Garantie minimaler Verhandlungspositionen knüpfen. Inzwischen, infolge veränderter politischer Lage insgesamt (Drohung von Vorbeugehaft, von Polizeid in der Uni und anderer Disziplinierungsmaßnahmen) hat der Streik ein weiteres Ziel erhalten: Organisation des Widerstands gegen Universitätsadministration und Staatsgewalt.

2. Was sollte die Aussetzung des Lehrbetriebs

Die bisher, in den üblichen Lehrbetrieb eingeschobenen Diskussionen wie die Initiative der Basisgruppen mußten deshalb (hinsichtlich einer Neuorganisation des Ganzen) scheitern, weil sie zeitlich (nur als Feierabendhobby) und räumlich (nur für wenige Gruppen, und nicht für die Studenten insgesamt) keine adäquate Selbstorganisation der Studenten schaffen konnten. Ebenfalls fehlte der notwendige (psychologische) Freiheitsraum, um die bisher verdrängten, sprachlos gebliebenen Interessen sich einmal selbsttätig überhaupt erst artikulieren zu lassen: z.B. Bedürfnis, die bisher gültigen Leistungszwänge grundlegend neu zu reflektieren; Bedürfnis, die verschiedenen Erfahrungen der Protestbewegung zu einem eigenen Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion zu machen.

Kurz: Ein beibehaltener Routine-Lehrbetrieb verhinderte eine grundlegende und praktisch folgenreiche Diskussion sowohl organisatorisch wie sozialpsychologisch. Dies gilt vor allem für den institutionell vorgegebenen Stundenplan, der neue Gruppenbildungen nach den neu artikulierten, übergreifenden Interessen verhinderte, gilt auch für die sich sozialpsychologisch auswirkende Autorität der Ordinarien, die die "breite und kontinuierliche Diskussion aller" objektiv auf Grund ihrer Position blockierte und verhinderte. Nicht zuletzt ist die Aussetzung des Lehrbetriebs auch deshalb notwendig, um klar unser politisches Ziel: die Verbindlichkeit unserer Anstrengungen auch objektiv manifest zu machen. Vergl. dazu die Reaktion der Ordinarien, s.u.

3. Was sollte die "Besetzung"?

Der politische Streik und unsere wissenschaftlichen Arbeitskreise erforderten die dazu nötigen sachlichen Produktionsmittel räum-

licher wie technischer Art. Die studentische kollektive Verfügung über das Seminar in der Myliusstr. während der Übergangsphase bis zur neuen Satzung ist für uns auch deshalb legitim, da dieses Seminar (wie die Uni insgesamt) offiziell sich ja von dem Ausbildungsinteresse der Studenten her bestimmt, und weil es politisch zu verhindern galt, daß der Versuch unserer wissenschaftlichen Umorganisation des Studiums sich auf einer politisch unverbindlichen Spielwiese vollzieht.

Um sicherzustellen, daß nicht durch neue Schösser und Abtransport von Maschinen u. dgl. vonseiten administrativer Gewalt unsere Arbeit verunmöglicht wird, haben wir selbstverständlich auch nachts die "Besetzung" aufrechterhalten. Ähnlich haben wir ja auch tagsüber jeden Besucher des Spartakusseminars kontrolliert, um Bücher-Diebstahl sowie die "Mitarbeit" des Sicherheitsdienstes in unseren Strategiediskussionen zu verhindern.

II. 1. Die Taktik der Ordinarien

Jedem verbalen Bekenntnis zu den studentischen Initiativen war bislang immer ein, dieses Bekenntnis wieder aufhebendes "Aber" gefolgt - wenn nichts Schlimmeres! Anfangs wiesen die Ordinarien auf das "Scheitern" der Basisgruppen hin und stellten die selbsttätige Neuorganisation der Studenten als unrealistisches Unternehmen hin. Als sie die Möglichkeit einer solchen Selbstorganisation einsehen mußten, drangen sie darauf, diese Selbstorganisation wieder in den Rahmen des üblichen Lehrbetriebs zurückzunehmen und diese damit praktisch wieder zu zerstören. Obwohl sie den Arbeits- und Projektgruppen wünschten, daß sie nicht scheitern sollten, haben sie noch in "ihrer" letzten Aufforderung diese Gruppen als "Ergänzung zum offiziellen Lehrbetrieb" verlangt, und damit wiederum diese Arbeit auf den Feierabend zurückgedrängt.

Schlimmer war, daß sie das Gerücht einer angeblichen Kündigung dazu benutzten, um Teile der Studenten in einer (ihre eigene?) Panikstimmung zu bringen, und bereit waren, für die Rettung der "Frankfurter Soziologie" von den Studenten jeden Preis, d.h. auch den Abbruch aller studentischen Neuorganisation zu verlangen. Vor allem aber scheuten sich die "Kritischen Theoretiker" nicht, zu den manipulativen Mitteln der Demagogie zu greifen. Sie versuchten die studentische Streikbewegung mit dem bewährten Argument zu spalten, eine kleine, unverantwortliche, verschwörerische Clique wolle die Masse der ernsthaft an Reformversuchen Interessierten zu ihren "wissenschaftsfeindlichen" und "undemokratischen" Zielen mißbrauchen. Obwohl sie den wissenschaftlichen Charakter unserer Arbeitsgruppen nie geleugnet haben, sondern diese Form studentischer Initiative sogar begrüßten, fuhren sie fort, diese Arbeit in der Öffentlichkeit zu verunglimpfen, um damit objektiv das Ganze zu diskreditieren.

Diese Diskreditierung ist ihnen auch insofern nun gelungen, als ihre Legitimationshilfe objektiv den Polizeieinsatz Rüeeggs und der Uni-administration erleichterte, wenn nicht gar provozierte. An dieser objektiven Funktion ändert auch die wahrscheinliche subjektive Verzweiflung über diesen Gewaltakt nichts. Öffentlich fehlt bis heute jede Stellungnahme ihrerseits zu diesem Polizeieinsatz; Schweigen einer (sich neutral verstehenden?) Wissenschaft bedeutet Einverständnis!

2. Unsere Interpretation dieser Taktik

Selbst wenn die Ordinarien auf einzelne Studenten psychologisch negativ fixiert sind, selbst wenn - was zweifellos der Fall war - der sog. "Negativkatalog" zu einigen Mißverständnissen Anlaß gab, und nun eine präzisere Formulierung verlangt, so besteht trotzdem massenhaft Anlaß, den verbalen Proklamationen der Ordinarien zu

mißtrauen und selbst die objektiven Mißverständnisse auch unter dem Gesichtspunkt einer Taktik zu begreifen, die ernstlich die studentischen Initiativen nicht akzeptiert, sondern diese mindestens zu brmsen, zu verunsichern oder gar zu verhindern sucht. Es ist nicht nur der in jedem Nebensatz auftauchende aggressive Affekt gegen einzelnen Studenten, der dann zwangsläufig in größeren Veranstaltungen zu Gegenaggressionen der Studenten gegen Habermas führt, sondern die Tatsache, daß kein Zeichen von praktischer Solidarität der Ordinarien auftaucht, daß alle ihre Äußerungen als geschickte Taktik interpretiert werden konnten bzw. mußten. - Hätten die Ordinarien in den ersten Tagen nach Streikbeschluß irgendein unmißverständliches Zeichen echten Engagements für unser Experiment gezeigt, wäre dadurch die Grundlage für eine Diskussion ermöglicht worden, in der man über die endgültige Form der Übernahme des Spartakusseminars hätte sich einigen können.

Einige von uns haben am Anfang eine praktische Solidarität und eine Einigung in den strittigen Punkten für möglich gehalten. Auch der sog. Negativkatalog intendierte wohl bei allen, die ihn damals formulierten, keineswegs eine "Konfrontation um jeden Preis"; wohl aber kalkulierte er die Möglichkeit ein, daß aufgrund professoraler Taktik diese Konfrontation entstehen könnte, insofern wir alle diesmal auf einer unmißverständlichen Antwort - Ja oder Nein - zu unserem Experiment bestehen. Eine Konfrontation ist inzwischen tatsächlich notwendig geworden, nämlich in genau dem Maße, um die wirklich strittigen Punkte und nicht die nur vorgeschobenen erkennen zu können. Können sie aber ihr Verhalten bisher, sowie ihr Verhalten vor und nach der Polizeiaktion in der Myliusstr. nicht legitimieren, so haben sie sich endgültig in eine Konfrontation mit ihrer eigenen dann brüchig gewordenen Argumentation begeben: mit ihrem Interesse an unseren Gruppen und dem Willen, daß diese nicht scheitern. Niemand wird mehr ihren "emanzipatorischen" Ansprüchen mehr Glauben schenken: auf eine solche "Kritische" Soziologie können wir dann verzichten, da wir eine solche ohnehin überall finden.

Eine Kooperation, bzw. erst deren Einleitung scheint uns freilich erst in einem bestimmten "all möglich. Nämlich dann und nur dann, wenn es sich bisher in der Tat weitgehend um Mißverständnisse gehandelt hat, die nur im Wege rationaler Diskussion ausgeräumt werden können. Dies gilt für unser Postulat, analytisch fruchtbaren und langfristig durchgeführten Wissenschaftsbetrieb mit unseren individuellen und politischen Erfahrungen, Interessen und Problemen zu vermitteln. Diese gilt auch für eine sukzessive Regelung im Abbau repressiver Ordinarienpositionen - wir hielten dies von Anfang an für möglich - , gilt ebenso auch für Verhandlungen, wie ein solcher Abbau in den Einzelheiten (zB rechtlich) vor sich gehen könnte.

Um klar die wirklich strittigen Punkte zu erkennen und evtl. darüber in Verhandlungen treten zu können - oder - zu erkennen, inwiefern die Ordinarien keinerlei praktisches Interesse an einer emanzipatorischen Neuregelung in unserem Institut haben, wollen wir deshalb nochmals präzisieren, was unter dem agitatorischen Namen "Negativkatalog" bisher von den Studenten gefordert wurde, und woran wir weiterhin im Interesse unseres Streiks festhalten.

III. Präzisierung möglicher Konfliktstellen mit den Ordinarien und Präzisierung unserer Minimalforderungen

1. Unsere Stellung zur "Wissenschaft"

Wie in allen politischen und agitatorischen Parolen wird auch in "Zerschlagt die (bürgerliche) Wissenschaft" u.ä. eine legitime

Intention, die politisch reale Erfolgchancen will, überspitzt. Wissenschaft, Theorie, längerfristige analytische Reflexion soll keineswegs abgeschafft oder zerschlagen werden. Wohl aber soll sie in ihrer bisherigen Absolutsetzung relativiert werden: Ihre Problemstellungen - ihre Vermittlung zu den auf sie Angewiesenen (als Individuen wie als Kollektiv) - ihr Ort in menschlicher Einsicht überhaupt - wie ihr Ort gegenüber den Postulaten auch aktuell geforderter wissenschaftlicher Praxis - soll einen neuen Bezugsrahmen, einen neuen Stellenwert und ein neues Selbstverständnis erhalten, sowie allen an ihr Teilnehmenden einen neuen Zugang zu ihr ermöglichen. Eine solche dialektische, permanente Vermittlung darf aber nicht - wie bisher - durch die Ausklammerung praktischer Erfahrungen und Problemstellungen institutionell verhindert werden.

Wir kritisieren zB, daß an Frankfurts "Kritischer Theorie" nur ideengeschichtlich Kommunikationsstrategien erarbeitet werden oder in Hegel'schen Elegien die Ohnmacht des Individuums beschworen wird, ohne auch über Notwendigkeit und Ausmaß gewaltfordernder Praxis wissenschaftlich zu reflektieren; - daß bislang nur in Verhandlung wissenschaftlicher Disputanten (konkret: einiger weniger theoretischer Experten) Vermittlung von Wissenschaft und Politik betrieben wird, ohne die tatsächlich gemachten politischen Erfahrungen bzw unsere Erfahrungen gesellschaftlicher Gewalt im Privatleben, wie wir sie täglich machen, wissenschaftlich aufzuarbeiten; - daß Reformen immer nur mit dem autoritären Staat und seinen verhärteten Institutionen für möglich gehalten werden, und nie praktischer politischer Widerstand gegen ihn.

"Kritische Theorie", die solche Aufarbeitung von Praxis institutionell verweigert, verweigert grundsätzlich - und damit tendenziell auf Dauer - politischer kollektiver Praxis die Chance wissenschaftlicher Reflexion und zwingt diese Praxis dadurch in das Ghetto propagandistisch-manipulativer, willkürlich aktionistischer Gegengewalt.

Wie diese beiden Intentionen: a) Aufarbeitung von Erfahrung, Vorbereitung von Erfahrung (nämlich: wissenschaftliche Reflexion über Subjekt und Zielgruppe bestimmter Aktionen, über die Chancen bestimmter Methoden sowie ihrer Risiken, über mögliche, d.h. realistisch zu erwartende Resultate; etc), Erfolgskontrolle und sozialwissenschaftliche Bestimmung ihres Stellenwerts im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang - und - b) (im Dienst solcher Praxis) die Garantie, daß die immanenten Erfolgskriterien wissenschaftlicher Arbeit die ihnen jeweils zukommende Beachtung finden - wie diese beiden Intentionen jeweils zu vermitteln sind, kann apriori nicht bestimmt werden. zu vermitteln

Hierher gehört auch die Forderung nach einem "autonomen Bereich der Studenten" (mit den entsprechenden materiellen Mitteln, 30% des Haushalts): Wenigstens in einem Bereich soll diese Vermittlung institutionell garantiert sein, dadurch, daß Studenten dort selbständig ihre Interessen und Probleme artikulieren können (ohne sozialpsychologisch wirksamen Druck von Fachautoritätspositionen) und Praxis entsprechend diesen Interessen und Problemen konstituieren können (ohne politische Verunmöglichung durch eine undemokratische Entscheidungsstruktur). Dabei könnte durchaus zwischen distinkten Arbeitsphasen als eigenen Einheiten unterschieden werden; etwa: wissenschaftliche längere Vorbereitung einer Aktion - praktische Durchführung - ihre nachträgliche wissenschaftliche Reflexion. - Wie Problemstellung und Erfahrungen dieses Bereichs in den Studienbetrieb insgesamt (d.h. auch längerfristige Lehr- bzw Forschungsseminare) übersetzt werden können, über einen solchen institutionellen Transmissionsmechanismus (zB Institutsrat) wäre zu verhandeln.

2. Zu unseren Minimalforderungen im Einzelnen

A. Im Interesse, daß unsere jetzigen Initiativen während des Streiks nicht scheitern, daß unsere weitere Selbstorganisation nicht durch rechtliche, finanzielle und dadurch psychische Sanktionen unmöglich gemacht werden, erwarten wir von den Ordinarien folgende Garantien:

a) Nicht: daß sie die Prüfungsordnung selbständig ändern, was rechtlich unmöglich wäre, sondern: daß sie sich für deren Änderung, während der Interimszeit für die Aussetzung von Vordiplomprüfungen (etwa: durch Anwendung des § für besondere Hinderungsgründe) einsetzen. "Aussetzung" heißt: Diejenigen Kandidaten, die das Vordiplom jetzt nicht machen sondern sich an unserer Arbeit beteiligen wollen, sollen keine rechtlichen oder finanziellen Nachteile davon haben. Diejenigen Kandidaten, die ihren Anspruch auf Prüfung tatsächlich geltend machen, brauchen natürlich nicht ausgesperrt werden.

b) Unsere jetzige Arbeit, die wahrscheinlich zu kollektiven erstellten Arbeitspapers führen wird, soll als wissenschaftliche Leistung anerkannt werden. Wer Scheine oder sonstige Bestätigungen wünscht, soll diese auch dafür bekommen. Dabei darf eine solche Anerkennung unserer Arbeit keinesfalls schon apriori unter den Zwang bestimmter absolut gesetzter Leistungskriterien gestellt werden, deren Stellenwert wir ja jetzt erst grundsätzlich neu erarbeiten. Unvermittelte und absolut gesetzte Wissenschaftsstandards haben für viele von uns ja das Gewinnen von Einsichten blockiert oder gar verhindert. - Ebenfalls: Anerkennung des laufenden Semesters als ordentliches Studium!

B. Im Interesse, daß unsere jetzigen Initiativen nicht von Anfang an unter dem Aspekt unverbindlicher Sandkastenspiele und politischer Erfolglosigkeit stehen, erwarten wir von den Ordinarien folgende verbindliche Garantien:

a) daß sie in ihrem eigenen Institutsbereich keine präjudizierenden Entscheidungen für die Zeit nach der Übergangsphase treffen, weder finanziell noch sachlich oder personell.

b) daß sie in einer Art Generalklausel sich in eigener freiwilliger Entscheidung bereit erklären, diejenigen Beschlüsse nach außen zu vertreten, die sie innerhalb des Seminars in einem demokratischen Entscheidungsprozeß mitgetroffen haben. Diese Garantie für ihr Verhalten nach Abschluß einer neuen Satzung ist schon jetzt notwendig, damit nicht die Ordinarien, in Berufung auf die angeblichen Restriktionen ihres Lehrauftrags, alle Vorschläge für ein demokratisches Institut etc (die wir jetzt ausarbeiten), später abtun können.

c) daß sie bereit sind, in einem dann näher zu regelnden letztinstanzlichen Entscheidungsgremium von vorneherein auf die Möglichkeit einer Majorisierung der Lernenden durch die Lehrenden zu verzichten, da sonst alle von uns erarbeiteten Modell einer neuen Lehr- und Forschungsorganisation gegen unsere Intentionen majorisierend uminterpretiert werden können. (vgl. Faktum: Hannover, Micho)

d) daß sie uns im obigen Sinn einen "autonomen Bereich" zugestehen, damit nicht nach der Übergangsphase die alten Herrschafts- und Einflußstrukturen früher oder später lautlos wiederkehren.

- Wie gesagt, über die Regelung im Einzelnen und die sukzessive Verwirklichung dieser Garantien können oder sollten wir in Verhandlungen treten. Jedoch prinzipiell muß durch diese Garantien die bisher nur verbale Solidarität zur praktischer werden! Im übrigen sind wir der Meinung, daß diese Majorisierung nicht nachträglich irgendetwas legitimiert u rationalisiert, sondern daß von uns die inhaltliche wie politische Kontinuität v Argument u Handeln bisher durchgehalten wurde. 18.12.68 (nach Diskussionen seit 11.12.)

Wir unterstützen den Protest unserer Studenten gegen Gefahren einer technokratischen Hochschulreform, vor denen wir seit Jahren warnen. Freilich darf dieser Protest nicht von klar definierten Zielen einer Veränderung gerade des institutionellen Rahmens absehen, der durch ein neues Hochschulgesetz festgelegt wird.

Wir begrüßen ferner, dass die vereinzelt Initiativen von studentischen Gruppen, für eine didaktische und inhaltliche Neuordnung ihrer Studiengänge Konzepte zu erarbeiten, nun ein weites Echo gefunden haben. Wir bekräftigen unser wiederholt bewiesenes Interesse daran, die unerträglichen Bedingungen des Massenstudiums zu verändern, einen Lehrbetrieb zu schaffen, der den Bedürfnissen der Studierenden ebenso gerecht wird wie den immanenten Anforderungen unserer Wissenschaft.

Das kann nur durch eine kontinuierliche und breite Diskussion aller Beteiligten erreicht werden. Die Arbeits- und Projektgruppen der Studenten, die sich in den letzten Tagen gebildet haben, sind dazu ein erster Schritt. Wir wollen nicht, dass diese Initiative scheitert.

Ein Teil der Studenten verknüpft aber die berechtigten Wünsche mit Forderungen, die weder grundsätzlich noch politisch gerechtfertigt werden können. Der sogenannte Negativkatalog hat ausschliesslich propagandistischen Stellenwert. Er dient einer Taktik der Konfrontation um jeden Preis, die zur Selbsterstörung führen muss. Zu den Forderungen im einzelnen:

1. Studienleistungen, die für die Dozenten des Faches erkennbar und nachprüfbar sind, werden wie bisher durch Scheine bestätigt, wenn sie Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens genügen.
2. Mit der Grundsatzdiskussion über Inhalt und Form des Studienganges in Soziologie muss selbstverständlich auch die gegenwärtige Diplomordnung in Frage gestellt werden. Wir sind darüber hinaus der Meinung, dass überhaupt die Abschaffung des Soziologischen Diplomstudiums überlegt werden sollte. Eine Änderung der Prüfungsordnung ist jedoch nach geltendem Recht nur durch gemeinsamen Beschluss der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät möglich. Das Vordiplom kann nicht "ausgesetzt" werden, wenn damit gemeint ist, dass die prüfungsberechtigten Hochschul-lehrer prüfungsbereiten Kandidaten, die den Anspruch darauf haben, ein Vordiplom abzulegen, die Prüfung verweigern sollen.
3. Das Vorschlagsrecht für die Berufung auf Lehrstühle liegt heute bei der Fakultät. Nur ein neues Hochschulgesetz kann das ändern. Die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Angestellten des Seminars ist Sache der Direktoren. Diese Kompetenzen können und sollen in einer künftigen Seminarordnung neu geregelt werden. Bis dahin halten wir uns an die bestehenden Regelungen.
4. Nach unserem Vorschlag soll in Zukunft eine drittelparitätisch besetzte Seminarversammlung über die Verwendung der Haushaltsmittel des Seminars entscheiden. Eine Regelung, die den Studenten wenigstens die Hälfte der Stimmen in diesem Organ sichert, halten wir nicht für vertretbar. Sie widerspricht der inneren Differenzierung einer nach Funktionen arbeitsteilig gegliederten Institution der wissenschaftlichen Lehre.
5. Wir verstehen, dass Studenten, solange wie Ordinarien allein über Haushaltsmittel verfügen, eigene Mittel zur autonomen Verwaltung fordern. Eine korporative Sonderregelung für Studenten kann aber nur im Sinne einer Schutzfunktion gerechtfertigt werden.

Die folgenden "Vorschläge zur Organisation des Soziologischen Seminars der Philosophischen Fakultät (Institut für Sozialforschung - Seminar)" sind am 9.7.1968 zu öffentlicher Diskussion vorgelegt worden:

Die folgenden Vorschläge sollten für eine befristete Zeit in der Praxis erprobt und nach zwei Jahren gemeinsam beraten werden, ob sie sich bewährt haben und wie die Organisation des Seminars weiter verbessert werden kann.

Neben den Seminar-Direktor sollten als Organe des Seminars die Seminarleitung und die Seminarverwaltung treten.

Der Seminar-Direktor wird aus dem Kreis der Hochschullehrer von der Seminarversammlung gewählt. Er kann nicht gegen den Willen der Mehrheit der Hochschullehrer gewählt werden. Unbeschränkte Wiederwahl ist zulässig. Der Direktor führt die Geschäfte des Seminars. Dabei wird er von je einem gewählten Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten unterstützt. Alle drei bilden die Seminar-Leitung.

Der Seminar-Versammlung gehören an:

- alle am Seminar arbeitenden Hochschullehrer
- alle wissenschaftlichen Mitarbeiter des Seminars (Sie verfügen aber, unabhängig von ihrer tatsächlichen Stärke, nur über eine der Zahl der Hochschullehrer entsprechende Anzahl stimmberechtigter Mitglieder, die von der Vollversammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter gewählt werden.)
- von der Fachschaft gewählte Studentenvertreter in derselben Zahl wie die der Hochschullehrer.

Zu den Rechten und Aufgaben der Seminar-Versammlung gehört, über folgenden Fragenkomplex zu beraten und mit einfacher Mehrheit zu entscheiden:

- Ausführung der Prüfungs- und Studienordnung(en). Dazu gehören: Rahmenbestimmungen für das Lehrprogramm, Koordinierung der Lehrveranstaltungen, Zulassungsbeschränkungen bzw. obligatorische Teilnahme im Hinblick auf einzelne Lehrveranstaltungen, Kritik der Lehrveranstaltungen, studentische Arbeitskreise, Studienberatung.
- Prioritäten bei der Anschaffung von Büchern
- Bibliotheksordnung
- allgemeine Richtlinien für die Verwendung von Forschungsmitteln
- allgemeine Richtlinien für die Verwendung anderer Seminarmittel
- Aufgabenverteilung für Assistenten und Hilfsassistenten
- Raumverteilung.

Die Seminar-Versammlung tagt nicht öfter als zweimal während des Semesters. Außerordentliche Sitzungen können von der Seminarleitung und auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder einberufen werden.

Über Personalfragen, soweit sie in die Zuständigkeit der Hochschullehrer fallen, also über die Anstellung von Räten, Assistenten, Hilfsassistenten usw. beraten Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter gemeinsam; eine Entscheidung gegen den Willen der Mehrheit der Hochschullehrer ist nicht möglich.

Bei einer drittelparitätischen Zusammensetzung der Seminarversammlung entfällt die Notwendigkeit für eine solche Privilegierung.

Zusammenfassend stellen wir fest:

Die Auflagen, mit denen die Technokraten des verselbständigten Protestes den berechtigten Widerstand der Studenten zu neuen Konfrontationen und vorhersehbaren Niederlagen manövrieren wollen, sind ungerechtfertigt. Ebensovwenig lassen sich die Pressionen, derer sie sich dabei bedienen, legitimieren. Wir drängen, wie jedermann weiss, auf eine energische Hochschulreform; uns gegenüber braucht sich niemand Diskussionen mit Gewalt zu erzwingen. Wir haben bereits am Ende des vergangenen Semesters den Vorschlag zu einer Seminarordnung vorgelegt, auf die bisher von seiten der Studenten nicht geantwortet worden ist.

Theodor W. Adorno
Ludwig von Friedeburg
Jürgen Habermas

Arbeitsgruppen kizze:

Rekonstruktion revolutionärer Theorie

In unserer ersten Diskussion versuchten wir uns darüber zu verständigen, welche Themen wir unter dem Titel "Rekonstruktion revolutionärer Theorie" für sinnvoll halten. Dieser Versuche einer vorläufigen Systematisierung ergab folgende mögliche Aspekte, um die sich Arbeitsgrube gruppieren könnten:

- Politische Ökonomie der spätkap. Gesellschaft
- Werttheorie
- Klassentheorie
- Imperialismustheorie

Es ist weder zu leisten noch dem Anspruch der Selbstorganisation des Studiums adäquat, mögliche Teilnehmer mit einer fertigen Strukturierung und Arbeitsstrategie zu konfrontieren. Wir verwendeten vielmehr die ersten Diskussionen auf eine Erörterung der methodologischen und erkenntnistheoretischen Problematik unserer Intention, nämlich in einem kollektiven, anzipatorischen Lernprozeß praktisch-politische Erfahrungen theoretisch zu vermitteln. Zunächst allerdings besagt diese Unterteilung in vier Aspekte wenig, da sie thematisch das schon vorwegnimmt, was erst als Resultat der Arbeitskreise erscheinen könnte. Denn ein vorläufiger Konsensus stellte sich darüber her, daß die gemeinsame Ausgangsbasis die Erfahrung der politischen Praxis der Studentischen Protestbewegung (insbesondere während der Oster- und NS-Kämpfe) sein könnte, dass es so vermieden werden soll, mit klassischen Textinterpretationen (etwa zur marxischen Klassen-, od. z. zur leninschen Imperialismus-Theorie) zu beginnen, um die Ergebnisse der politischen Praxis nachträgl. aufzusetzen. Allerdings war diese Erfahrung selbst gerade durch eine unreflektierte Rezeption der trad. Klassentheorie vermittelt! Dass unsere Interpretation (der Oster-, NS-, französ. Revolten) schäuferte, zeigt uns, dass wir eben diese klass. Kategorien problematisieren müssen. - Ein vorläufiges Ergebnis der Diskussion ergab sich insofern, dass uns bewusst wurde, dass eine Analyse der "unmittelbaren Erfahrungen" in unfruchtbarem Konkretismus stecken bleiben würde. Vielmehr scheint der Klassenbegriff eher problematisierbar (in der beschränkten Zeit u. wegen der Schwierigkeiten des neuen Ansatzes konzentrierten wir uns exemplarisch auf den klassentheoret. Aspekt) -, indem diese Erfahrungen einerseits an schon geleisteten Interpretationen, die die Ereignisse noch im Rahmen der Reste der trad. Arbeiterbewegung vermittels des traditionellen Klassenbegriffs analysieren (etwa die "Marxistischen Blätter"), - andererseits aber etwa an der marxischen Entwicklung des Klassenbegriffs (z.B. Einleitung zur "Dt. Ideologie"). Erst diese Problematisierung kann dann vielleicht die Voraussetzungen dafür schaffen, die Frage nach dem "revolutionären Subjekt", die sich nach den Osterereignissen in ideologischer Form aktualisierte, in einem neuen Kontext zu reflektieren (so u.a. eine adäquate Marcuse-Interpretation, bzw. Kritik der Randgruppentheorie zu unternehmen). Erst diese Problematisierung scheint es schließlich zu erlauben, Ansätze einer Klassentheorie zu erarbeiten; Ansätze, die dann Gegenstand eines "Klassentheorie-Seminars" (siehe Satzung) sein könnten; dass so eine "Klassentheorie" sich als ein gewisses Resultat (und nicht als unproblematisch vorgegebener Ausgangspunkt) der Arbeitskreise ergibt.

Arbeitskreis Kommunikationsstrukturen und autoritäre Fixierungen.

Ein entscheidendes Problem unserer emanzipatorischen Bewegung, daß sich uns permanent auf allen Ebenen aufdrängt, ist die Erfahrung autoritärer Fixierungen, und dann als Folge, von Apathie.

Im Universitätsbetrieb sehen wir uns dauernd autoritären Fixierungen an Wissenschaft und ihre Leistungsstandards einerseits, an die Repräsentanten dieser Wissenschaft andererseits. Entscheidende Ursache hierfür ist, daß permanent wissenschaftliche Theorien auf die konkreten individuellen Erfahrungen und Probleme aufgepfropft werden, statt daß sie umgekehrt als Hilfe für die Aufarbeitung dieser Erfahrungen und Probleme dienen.

In gleicher Weise zeigen sich autoritäre Fixierungen in der Organisation von politischen Aktionen, nämlich an die Autoritäten des politischen Kampfes ebenso, wie an Thesen und Parolen revolutionärer Theorie, die noch nicht genügend reflektiert und theoretisch aufgearbeitet sind. Ausfluß dessen ist die praktische politische Apathie von Studenten kritischer Soziologie.

Wenn es uns nicht gelingt, diese autoritären Fixierungen explizit zu machen und wenigstens ansatzweise aufzuarbeiten, bleibt eine qualitative Veränderung herkömmlichen Studiums eine praktische Unmöglichkeit. Es würden nur andere Inhalte anstelle der bisherigen gesetzt - immer noch innerhalb des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs. Wir meinen, daß sie jede der inhaltlichen Arbeitsgruppen auch selbst in ihrem Arbeitsstil immer wieder daraufhin problematisieren muß. Trotzdem sollte sich eine eigene Arbeitsgruppe mit diesem Problem auseinandersetzen, um systematisierend zuerst einmal die konkreten Erfahrungen der einzelnen zusammenzutragen. Dabei soll die Zusammensetzung der Gruppe auch ihrerseits gewährleisten, daß nicht wiederum Teilnehmer mit Ausdrucksschwierigkeiten angesichts der anerkannten Experten von vornherein sich gehemmt fühlen.

Die Kommunikation mit den anderen Arbeitsgruppen soll dadurch gewährleistet sein, daß die Teilnehmer dieser Gruppe auch in anderen Gruppen mitarbeiten und dort eine ständige Sensibilisierung für diese Probleme fördern.

Das Ergebnis dieser Gruppe kann keinesfalls darin bestehen, anderen Gruppen moralische Anweisungen für ihren Arbeitsstil zu geben, sondern vielmehr Material zur Verfügung zu stellen: Unter welchen Bedingungen autoritäre Fixierungen und autoritäres Verhalten auftreten? wie sich das Informationsgefälle innerhalb der Gruppe überwinden läßt, ohne daß sich dabei wiederum autoritäre Strukturen etablieren? u.s.w.

Die praktische Arbeit könnte so aussehen:

Wir beginnen mit einer Phänomenologie, und versuchen dann die verschiedenen Einzelerfahrungen systematisierend zusammenzutragen.

Daraus können sich weitere Gruppen bilden: Von dem Versuch, experimentell eine neue Kommunikationsstruktur zu bilden, bis zu theoretischer Aufarbeitung von kollektiven Lernprozessen, den Vorgängen in Kleingruppen, Massenveranstaltungen und praktischer politischer Arbeit.

Alle Arbeitskreise müssen ihre Problemstellung immer von praktisch-politische wie persönlichen Erfahrungen beziehen und dauernd auf sie hinorientiert sein.

Vorschlag für erstes Treffen: Donnerstag, 11 Uhr Myliusstr.

ARBEITSGRUPPEN ORGANISATION UND EMANZIPATION

Der Streik der sozio logischen Fakultät ist Bestandteil der Hochschulrevolte, die mit dem konsequenten Boycott des herkömmlichen Lehr- und Forschungsbetriebs in ein neues Stadium getreten ist.

Alle bisherigen Versuche kritischer und politischer Gegenuniversität waren in ihrem Charakter als Veranstaltungen bloßer kritischer Reflexion der bürgerlichen Universität dem routinierten Lehrbetrieb nebengeordnet und damit weitgehend dessen Leistungsstandards unterworfen. In diesem routinierten Lehrbetrieb war der einzelne Student gezwungen, als isoliertes Individuum Forschungsinhalte, deren Motivation und Legitimation ihm durch die bestehende hierarchisch-privilegierte und monopolistische Hochschulstruktur nicht einsichtig war, als seine privaten Inhalte zu betrachten. Die psychischen Konsequenzen dieses fremdbestimmten, routinierten Studienbetriebs sind Vereinzelung, Konkurrenzgeist, autoritäre Fixierung an die Ordinarien, rein konsumptive Haltung gegenüber wissenschaftlichen Gehalten.

Der notwendige Bruch mit den bestehenden Institutionen - dieser Streik - stellt den Studenten vor Probleme, die er allein und mit den Mitteln einer bisherigen bloß individuellen Orientierung nicht lösen kann. Es besteht die Gefahr der Verhaltensunsicherheit (Vor-diplomanten) und eines Konflikts zwischen der Einsicht in die politische Notwendigkeit und der Orientierung an bürgerlichen Berufschancen (Existenzangst).

Als Konsequenz hieraus ergibt sich für die gegenwärtige Streiksituation die Notwendigkeit der Organisation kollektiver Lernprozesse, in die die emanzipatorischen Bedürfnisse der Studenten eingehen können. Aus der Reflexion auf die oben skizzierten Studienbedingungen und die Notwendigkeiten unseres politischen Kampfes ergeben sich für uns folgende Themenvorschläge:

- 1) WONACH BESTIMMEN SICH DIE LEISTUNGSKRITERIEN STUDENTISCHER ARBEITSGRUPPEN, DIE WISSENSCHAFT ALS INSTRUMENT DES POLITISCHEN KAMPFES BEGREIFEN ?
- 2) ANALYSE DER STUDENTENBEWEGUNG UNTER DEM ASPEKT DES VERHÄLTNISSES VON ORGANISATORISCHEN ERFORDERNISSEN UND EMANZIPATORISCHEN BEDÜRFNISSEN.
- 3) PROBLEMATISIERUNG DES EMANZIPATIONSBEGRIFFES ANHAND DER ANALYSE SEINES STELLENWERTES IN KLASSISCHEN ORGANISATIONSTHEORIEN!

Arbeitsgruppenvorschlag : SOZIALISATION

Die Diskussion von Problemen der Sozialisation hat sich an den politischen Bedürfnissen der Studentenbewegung zu orientieren. Das heisst konkret, dass die Einsichten und Erfahrungen der politischen Protestbewegung im Hinblick auf Sozialisationsprozesse aufgearbeitet werden sollen. Dazu gehören zum Beispiel Schwierigkeiten der Selbstorganisation kollektiver Lernprozesse und der Vermittlung politischer Arbeit mit dem Privatleben sowie Verständigungsschwierigkeiten während der politischen Agitation. Das hängt zusammen mit sowohl objektiven gesellschaftlichen Bedingungen (Struktur der Hochschule selbst und Organisation der Arbeit) als auch primären und sekundären Sozialisationsprozessen (frühkindliche Entwicklung und Schulerziehung). Dieser Zusammenhang begründet unser Interesse an Sozialisationstheorie:

Verläufe von Sozialisationsprozessen sollen nachgezeichnet werden unter dem Gesichtspunkt der Bedingungen der Möglichkeit politischen Widerstandes.

Die Diskussion dieser Problematik ist wichtig für die Entwicklung von Programmen antiautoritärer Erziehung (Kinderläden), Gegenschulen und politischen Universitäten. Dieser Themenkreis soll so angelegt sein, dass er auch von Studenten (-innen) der verschiedenen Fachrichtungen - wir meinen v.a. auch Studierende der AFE - besucht und verstanden werden kann.

Erste Sitzung : Donnerstag, den 12.12.68

14.00 Uhr c.t. Spartakus-Seminar

Myliusstr.30

Literatur

Thema: Kritik der technokratischen Hochschulreform

1. Adorno, Th. W.: Negative Dialektik, Frankfurt 1966
2. - Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft, Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages
3. Albers, D.: Demokratisierung der Hochschule, Verlag Studentenschaft Bonn 1963
4. ARGUMENT 43: Wissenschaft als Politik, Berlin 1969
5. Bahr, H.D.: Kritik der politischen Technologie, Europ. Verlagsgesellsch. 1969
6. BAK - Schriften: Nr. 1 Kreuznacher Hochschulkonzept, Bonn 1968
7. Nr. 5 Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen, Bonn 1970
8. Nr. 6 Beiträge zur Studienreform, Bonn 1970
9. Nr. 9 Wissenschaftsfreiheit durch Mitbestimmung, Bonn 1970
10. - Berichtsheft 5.VV; Berichtsheft 6.VV:
Schulmeister, G.: Zur Strategie der BAK, Bonn 1969
11. Westphalen, T.: Konsequenzen für die Zukunft der BAK, 1970
12. - Resolution: Bund "Freiheit der Wissenschaft", Bonn 1970
13. - Projektgruppe Berlin: Wissenschaftspolitik u. Forschungsplanung
Bonn 1970
14. Berg, H.: Ökonomische Grundlagen der Bildungsplanung, Berlin 1965
15. Deppe, H.U.: Die technische Effizienz in Schelskys "Wissenschaftlicher Zivilisation", Das Argument 50, Berlin 1969
16. Eding, F.: Ökonomie des Bildungswesens, Freiburg 1963
17. Gottschalch, W.: Lehrfreiheit und Politik, Argument 50, Berlin 1969
18. Habermas, J.: Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus. In: Kölner Zeitschrift f. Soziologie u. Sozialpsychologie 4, 1964
19. - Zur Logik der Sozialwissenschaften. In: Beiheft 5 der Philosophischen Rundschau 1967
20. - Technik und Wissenschaft als Ideologie, edition suhrkamp Frankfurt 1970
21. - Theorie und Praxis, Neuwied 1962
22. Hahn, W.: Brauchen wir mehr Akademiker? Hochschulreform ermöglicht notwendige Akademiker - Ausbildung. In: Wirtschaftsdienst 9, 1967
23. Heidelberger GO: § 2e u. § 3
24. Hentschel, H.v.: Mit dem Latein am Ende. Spiegelserie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen; Sonderdruck von 17 Spiegel - Folgen, Hamburg 1970
25. Herz, O., Huber, L., Walter, M.: Blickpunkt Hochschuldidaktik 9, Hamburg 1970
26. Heiseler, H.v., Steigewald, R. u. Schleifstein, J.: Die "Frankfurter Schule" im Lichte des Marxismus. Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von HORKHEIMER, ADORNO, MARCUSE, HABERMAS, Marxistische Taschenbücher Frankfurt 1970
27. Hirsch, J.: Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus, Das Argument 50, Berlin 1969
28. - Wissenschaftlich-technischer Fortschritt u. politisches System, Suhrkamp Frankfurt
29. Hofmann, W.: Die gesellschaftliche Verantwortung der Universität, Suhrkamp Frankfurt 1969
30. Horkheimer, M.: Kritische Theorie I. u. II., S. Fischer Frankfurt 1968
31. - und Adorno, Th. W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947
32. Kilian, H.: Kritische Theorie der Medizin. Das Argument 60, Berlin 1970
33. Kommentar zum Bundeshochschulrahmengesetz - Entwurf, Bundesrat Drucksache
689/70 (18.12.1970)
34. Konstanzer Technologiepapier Projektgruppe Konstanz 1970
35. Krauch, H.: Die organisierte Forschung, Luchterhand Neuwied 1970

36. Leibfried, St. : Die angepaßte Universität, zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und in den USA, Suhrkamp Frankfurt 1968
37. - Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen, Köln 1967
38. - Wissenschaftsprozess und politische Öffentlichkeit, Kritische Justiz 1, Europ. Verlagsanstalt Frankfurt 1968
39. Litt, Th.: Der Bildungsauftrag der deutschen Hochschule, Göttingen 1952
40. Marcuse, H.: Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Suhrkamp Frankfurt 1969
41. - Versuch über die Befreiung, Suhrkamp Frankfurt 1969
42. - Der eindimensionelle Mensch, Luchterhand Neuwied 1970
43. Massow, V.v.: Organisation der Wissenschaft und Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1969
44. Mohr, H.: Wissenschaft und menschliche Existenz, Rombach Frankfurt 1967
45. Picht, G.: Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten 1964
46. Preuß, W.: Das politische Mandat der Studenten, Suhrkamp (es 317) Frankf.
47. Roth, K.H. u. Kanzow, E.: Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft, Voltaire Handbuch 10/11 Berlin 1970
48. Schmidt, L. u. Thelen, D.: Hochschulreform - Gefahr im Verzuge, Fischer 1969
49. Schmierer, J.: Kritische Theorie und Studentenbewegung (Hektograf. Manuskript)
50. Schoeller, W.F.: Die neue Linke nach Adorno, Kindler München 1969
51. Schuon, K.Th.: Typologie und kritische Theorie, Argument 50, Berlin 1969
52. Steinbuch, K.: Zukunftsforschung und Bildungsplanung, Karlsruhe 1969
53. Stiftung Volkswagenwerk, Bericht 1970
54. Stoltenberg, G.: Hochschule. Wissenschaft. Politik, Frankfurt/Berlin 1968
55. Stubb: Disziplinierung der Wissenschaft, Europ. Verlagsb. 1970
56. Tjaden, K.H.: Konservative Gehalte soziologischer Theorien, Das Argument 50, Berlin 1969
57. Topitsch, E.: Die Freiheit der Wissenschaft und der politische Auftrag der Universität, Luchterhand Neuwied/Berlin 1968
58. VDS -Dokumentation: Verlag Studentenschaft Bonn 1969
59. Wellmer, A.: Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, Frankfurt Suhrkamp (es 335)
60. Willms, B.: Theorie, Kritik und Dialektik. In: Über Th.W. Adorno, Suhrkamp Frankfurt 1968
61. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970, Bonn 1970
62. WRK - Dokumente zur Hochschulreform IX, Bad Godesberg (Februar bis Mai) 1969

Niemand wird wohl verneinen, daß die Universität der Gesellschaft verbunden ist. Als öffentliche Anstalt steht sie jedenfalls in der Gesellschaft, von der sie getragen wird - geistig und materiell - und der sie ihrerseits gehobene Fachkräfte zuführt. Die Universität als gesellschaftliche Einrichtung hat also auch - ob sie es wahrhaben will oder nicht - gesellschaftliche Funktion. Nicht von diesem äußeren Tatbestand her läßt sich allerdings die eigentlich gemeinte Frage beantworten, welcher Art denn die gesellschaftliche Verantwortung der Universität sei, wie sich eine solche Verantwortung bestimme, und was dies etwa für die an der Universität vertretenen Einzeldisziplinen bedeute.

Hier ist zunächst zu fragen: Wer ist die Gesellschaft, auf die sich die Universität - nun nicht mehr als Institution, sondern vielmehr als das Ensemble der an ihr Tätigen verstanden - in ihrem geistigen Bemühen beziehen soll? Sicher ist die Gesellschaft nicht gleichzusetzen mit dem Staat, der etwa den Prozeß von Forschung und Lehre unmittelbar anleiten dürfte. Gerade gegen den Staat hat sich die geschichtliche Forderung nach Freiheit der Wissenschaft seit den Tagen des klassischen Liberalismus gerichtet. Und den Gedanken der Staatsfreiheit von Forschung und Lehre wird man, vollends nach den Erfahrungen in der jüngsten deutschen Vergangenheit, als unabdingbar anzusehen haben.

Heute ist ein weiterer Schritt zu tun: es genügt nicht mehr, daß die Universität sich gegen etwaige außerwissenschaftliche Anforderungen oder Erwartungen des Hoheitsträgers empfindlich zeigt. Sie muß sich aller außerwissenschaftlichen Interessen erwehren, die sich aus dem Raum der Gesellschaft auf sie richten. Denn unsere Gesellschaft selbst ist keine Einheit. Sie ist zerfallen in widerstrebende soziale Gruppen, mit ihren Wünschen, Interessen und Ideologien. Und so gelangt man zu einer ersten These: Zu wahren ist heute nicht nur die Staatsfreiheit, sondern überhaupt die Interessenfreiheit von Forschung und Lehre, will diese nicht ihre innere Autonomie verspielen. - Dies scheint denkbar weit vom Ausgangsgedanken einer gesellschaftlichen Verantwortung der Universität und ihrer Angehörigen wegzuführen. In Wahrheit ist die Interessenfreiheit von Wissenschaft selbst die erste gesellschaftliche Anforderung an sie. Denn Wissenschaft hat die Interessen, die sich auf sie richten, nicht etwa zu ignorieren, sondern vielmehr selbst zu untersuchen. Die erste Aufgabe ist kritische Prüfung jener Erwartungen, die sich an sie heften - und das kann auch heißen: kritische Prüfung der Interessen, in die sie schon verstrickt worden ist. Die hier entwickelte erste These erhält so eine bestimmtere Wendung: Die primäre gesellschaftliche Aufgabe von Wissenschaft ist, Distanz zwischen sich und die Gesellschaft zu legen.

Dieser Gedanke bedarf jedoch sogleich eines ergänzenden zweiten: Wissenschaft ist es allerdings ebenso der Gesellschaft wie sich selbst schuldig, sich frei von gesellschaftlichen Interessen zu halten. Eben hierin liegt ihre kritische Potenz. Ihre Resultate kann sie nur selbst finden. Nur als Unbefangene aber kann sie gleichzeitig ihren eigenen Ort in der Gesellschaft und gegenüber der Gesellschaft bestimmen. Der scheinbare Widerspruch zwischen Autonomie und Verantwortung von Wissenschaft hebt sich auf - in der Wissenschaft selbst. (Zweite These.) Wissenschaft findet zur Gesellschaft, indem sie zu sich selbst findet, indem sie die Frage nach ihren eigenen Inhalten, nach deren Relevanz

und gesellschaftlichen Bezügen vertieft, das heißt: indem sie ihrer ureigenen Aufgabe genügt - zu durchschauen. Es ist also keine sachfremde Anforderung, die an die Universität gestellt wird. Ihre eigenen Gegenstände, die Erscheinungen der belebten und unbelebten Natur, die Resultate menschlichen Denkens und Handelns beschäftigen die akademische Gelehrsamkeit nach wie vor. Vielleicht aber würde sich der Aspekt ändern, unter dem diese Gegenstände als entweder in sich gesellschaftlich relevant oder als bedeutungsvoll für die Gesellschaft - und das heißt auch: für die gesellschaftlichen Formen des Denkens - betrachtet werden. Damit werden auch die Bedeutungsgehalte, die sich an das tradierte Lehrgut heften, werden die Kriterien der getroffenen Auswahl zu Gegenständen der Überlegung. Denn die Universität verhält sich gesellschaftlich nicht nur darin, welche Fragen sie sich stellt, und wie sie sich diese stellt, sondern auch darin, welche Fragen sie sich nicht stellt. Der dritte Leitsatz (der aus dem zweiten entspringt) lautet daher: Eine über ihr Verhältnis zur Gesellschaft nachdenkende akademische Disziplin wird zu einer erweiterten Sichtweise finden. Thematisch wird nun der Kanon der konventionellen Gegenstände selbst. Thematisch werden die Selektionsmechanismen in der Lehrtradition; auch etwa: die Mechanismen des Vergessens - eines wiederum selektiven Vergessens - oder eines wiederkehrenden Mißverstehens.

Hierdurch öffnet sich zugleich ein Weg heraus aus dem allgemeinen Mißverhältnis zwischen emsiger und gleichzeitig maulwurfblinder Detailarbeit und eigentlichen Durchschauen der Bedeutung, die den Gegenständen des Einzelfleißes zukommt. Zur Frage steht ja immer nicht nur, was wißbar, sondern auch, was wissenschaftlich ist. Während die Universitäten ganze Schutthalden von Detailuntersuchungen errichten - die Dissertationen zeugen davon -, ganze Pyramiden aus Kieselsteinen, ohne anderen Zusammenhalt als den ihrer Masse, fehlt es am elementaren Durchdringen dessen, was dem Einzelnen erst seinen Platz in einem größeren Zusammenhang zuweisen könnte.

Die Bedeutungsmaßstäbe für ihr eigenes Tun aber findet (vierte These) die Universität in dem, was die Gesellschaft selbst - und was den Einzelakademiker als gesellschaftlichen Menschen - bewegt. Die Verantwortung des Wissenschaftlers liegt in der Auskunftsbefähigung der Menschen unserer Zeit. Indem die akademischen Disziplinen sich die großen Fragen unserer Epoche als Gegenstände legitimieren wissenschaftlichen Bemühens - und nicht etwa als Interessentenfragen - zu eigen machen, wandelt und erweitert sich ihr Themenkatalog. Es ist offenbar an der Zeit, daß etwa die akademische Jurisprudenz mit derselben Gewissenhaftigkeit, mit der sie z.B. der Frage nachgehen mag, ob eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer verfassungswidrig sei, sich der Probleme einer Notstandsordnung annimmt, die diese Verfassung als ganze in Frage stellt. Ebenso geht auch die akademische Lehre vom Völkerrecht der Vietnam-Krieg etwas an - nicht als Gegenstand außerwissenschaftlicher Katheder - Bekenntnisse, sondern vielmehr als Frage, an der sie ihre volle wissenschaftliche Unbefangenheit und zugleich das Bewußtsein ihrer eigenen Relevanz für das gesellschaftliche Handeln zu bewähren hat.

Je mehr also Wissenschaft sie selbst ist, desto eher wird sie zu ihrer gesellschaftlichen Dimension finden und wird sie sich neue Ziele setzen. Nur als freie darf sie sich der Gesellschaft verpflichten. Allerdings - und das ist eine fünfte und letzte These -: nicht der Gesellschaft, wie sie ist, sondern wie sie nach Einsicht der Wissenschaft sein könnte. Von den Möglichkeiten der Gesellschaft her wird Wissenschaft auch ihre letzten Wertungskriterien gewinnen - und Wissenschaft ist befähigt und daher berechtigt, begründete, mit wissenschaftlichen Mitteln selbst erschlossene Werturteile auszusprechen. Es ist allerdings erweislich, ja sinnfällig geworden, daß heute allenthalben die Möglichkeiten unserer Gesellschaft über das Gegebene hinausdrängen: Wer kann den Hunger von Kontinenten noch als schicksalhaft ansehen, wenn gleichzeitig in den entwickeltsten Ländern der Stapelraum für die Ernten zu klein geworden ist und man nicht mehr weiß, wie Produktion verhindert oder ihr Ergebnis aus der Welt geschafft werden kann? Wer darf den Krieg länger als Vater aller Dinge preisen, bei einem Stand der Vernichtungstechnik, der unseren Globus zum Opfer eines atomaren Betriebsunfalls machen könnte und damit ein Zusammenleben auch zwischen den großen rivalisierenden Gesellschaftssystemen unserer Epoche erzwingt? Wer wird im Zeitalter der kosmischen Nachrichten - Satelliten Unwissenheit noch als gottgewollten immerwährenden Zustand der menschlichen Steinzeit-Seele ansehen dürfen? Auf einem mühevollen und umwegreichen Pfad durch die bisherige Geschichte hat eine noch immer vormenschliche Welt den materiellen Grund ihrer eigenen Vermenschlichung gelegt. Und Wissenschaft hat dieser Welt zu sagen, was möglich geworden ist.

Das schließt ein: Wissenschaft wird sich dem Teil der Gesellschaft, der Weltgesellschaft verpflichtet wissen, dessen Existenzweise den objektiven Möglichkeiten der Gesellschaft am meisten widerspricht. Man verstehe nicht falsch: Die Universität hat nicht Bettelsuppen an die geistig Armen auszuteilen. Es geht nicht um geistige Caritas. Es geht um die Universität selbst. In einer Zeit, die durchaus wissenschaftsfern, und eben darum wissenschaftsbedürftig ist, auch wenn sie es nicht weiß, in einer Zeit, da die Universität selbst höchst wissenschaftsbedürftig geworden ist, inmitten einer Umwelt, in der die Mehrheit unseres Volkes auf die Stufe der schauerlichsten Unwissenheit herabgekommen ist und auf dem Niveau einer "Bild"-Presse, d.h. des geistigen Analphabetentums, verharret - in einer solchen Gesellschaft ist die Wissenschaft selbst elementar gefährdet. Es ist für die Universität nicht gleichgültig, ob ein Volk sie noch trägt. Vernachlässigen unsere Hochschulen das, was die eigentliche Not unserer Menschen ausmacht, so werden sie mitverantwortlich für das Überhandnehmen von Mächten, die schließlich sie selbst in Anspruch nehmen. Alle imposanten Ausbauleistungen, aller Massenzustrom zur Universität, aller Fachstolz können nicht darüber hinwegsehen lassen: In einer Umwelt, die der Einsicht darein, was möglich wäre, gründlich widerstrebt, kann die Universität, kann die Wissenschaft ihren eigenen Anspruch, die Reste dessen, was sie einmal war, ihre Hoffnungen für die Zukunft, nur noch verteidigen im Eintreten für eine Gesellschaft, die ihrer wieder bedarf. Die Universität schreitet nur fort in einer Umwelt, die selbst im Aufbruch ist.

Und so kann es sehr wohl sein, daß zu Zeiten die oberste gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers darin besteht - zu widersprechen.